

Antworten für die DFEUG

**DIE LINKE**

### **Wird es mit Ihnen eine ausreichende Anpassung des Personalfaktors geben?**

Ja. Wir fordern seit Jahren, dass Bremen soviel Personal bei der Berufsfeuerwehr vorhalten muss, dass die AGBF-Schutzziele eingehalten werden können. Der Personalfaktor muss auf dieser Grundlage neu berechnet werden.

### **Welche Maßnahmen werden Sie umsetzen um die Attraktivität zur Ergreifung einer Ausbildung zur Feuerwehrfrau/zum Feuerwehrmann zu erhöhen?**

Für die lange und voraussetzungsvolle Ausbildung ist die Eingruppierung zu niedrig. Wir wollen eine Feuerwehrlaufbahn, die bei A8 beginnt und bis A11 geöffnet wird. Die Feuerweherschule muss besser ausgestattet werden.

### **Sind Sie für die Verbesserung des Schutzziels in der Stadt Bremen, angepasst an andere Städte mit Berufsfeuerwehr?**

DIE LINKE fordert die Anpassung an das bundesweite Schutzziel der AGBF, das als Stand der Technik anerkannt ist. Entsprechende Anträge haben wir mehrfach in die Bürgerschaft eingebracht. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss entsprechend viel Personal (personelles Schutzziel) und eine geeignete Wachenstruktur (zeitliches Schutzziel) vorhanden sein und geschaffen werden.

### **Wie stehen Sie zu solchen Zulagen?**

#### **Sind Sie bereit mit uns über die Ausgestaltung zu reden?**

#### **Werden wir mit Ihnen über eine Laufbahn Feuerwehr sprechen können?**

Die Fragen werden zusammen beantwortet:

Wir wollen die Zulagen im öffentlichen Dienst modernisieren, gerechter und transparenter machen. Dafür soll eine Kommission der Tarifpartner und Personalvertretungen eingerichtet werden. Eckpunkte sind für DIE LINKE: Dynamisierung, Ruhegehaltsfähigkeit, Vergleichbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu anderen Ländern und dem Bund. Niemand darf am Ende dieses Prozesses schlechter gestellt werden. Wir wollen eine Feuerwehrlaufbahn, die bei A8 beginnt und bis A11 geöffnet wird. Bis das Laufbahnrecht geändert wird, braucht es für die NotfallsanitäterInnen eine Zulage in Höhe von 250 Euro.

### **Wie stehen Sie zur Anerkennung von Berufskrankheiten, wie PTBS und Krebs bei Feuerwehrleuten? Unter welchen Voraussetzungen kann und sollte eine Krebserkrankung bei Feuerwehrbeamten/Feuerwehrbeamtinnen generell als besonderer/qualifizierter Dienstunfall gelten? Wie werden Sie an Krebs erkrankte Feuerwehrkräfte unterstützen, damit am Ende nicht auch noch die finanzielle Not steht? Welche Regelung für durch den Einsatzdienst dauerhaft erkrankte/diensteingeschränkte Feuerwehrleute halten Sie für würdig und umsetzbar?**

Die Fragen werden zusammen beantwortet:

Mehrere internationale Studien belegen, dass das Krebsrisiko bei Feuerwehrleuten schon nach wenigen Dienstjahren erheblich steigt. Grund sind die giftigen Rauchgaspartikel, die auch nach dem Einsatz noch gefährlich sind, wenn sie durch die Kleidung auf die Haut gelangen. Deshalb ist die Anschaffung der neuen Schutzkleidung wichtig. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Einführung eines Krebsregisters und die Verbesserung beim betrieblichen Gesundheitsmanagement bei der Berufsfeuerwehr. Auf Bundesebene muss Krebs und PTBS als Berufskrankheit anerkannt werden. Auf Landesebene kann bei der Feuerwehr-Unfallkasse ein Härtefallfonds eingerichtet werden, wie es ihn in anderen Ländern gibt.